

NIEDERSCHRIFT Nr. 11 - 2016-2021

Körperschaft: **Stadt Borken (Hessen)**
Gremium: **Stadtverordnetenversammlung**
Sitzung am: **Donnerstag, 28.09.2017**
Sitzungsort: **Parkhotel & Restaurant - Bürgerhaus Borken**
Sitzungsbeginn: **19:32 Uhr** Sitzungsende: **21:52 Uhr**

Anwesend:

Stadtverordnetenversammlung:

FWG

Bax, Lars
Heimbecher, Bernd
Kaiser, Norbert
Möller, Heiko
Mehn, David
Mühling, Christof
Rininsland, Erich
Schellenberg, Peter
Schneider, Marlene
Simmen, Horst
Staffel, Rüdiger
Streitmatter, Thomas
Volze, Martin
Weber, Michael
Wiegand, Angelika
Wischek, Horst
Zaschke, Roger

SPD

Beisheim, Günther
Krone, Sascha
Lehmann, Sonja
Lohr, Detlef
Neupärtl, Annika
Neupärtl, Dagmar
Rzaczek, Sascha
Schletzke, Carsten
Schönewald, Lena
Talic, Muhamed

CDU

Bauer, Wolfgang
Döring, Dennis
Hesse, Heinrich (bis einschl.
TOP 7)
Schmitz, Thomas

Fraktionslos

Tim Reinbold

Die Stadtverordneten Gerhard Bock (FWG), Horst Diele (FWG), Werner Krell (SPD), Thomas Schulz (SPD) und Ilona Schrupf (SPD) fehlen entschuldigt.

Magistrat:

Bürgermeister Marcel Pritsch-Rehm	Stadträtin Gudrun Reinbold
Erster Stadtrat Rudolf Maiwald	Stadtrat Dieter Götte
Stadtrat Karl-Heinrich Knigge	Stadtrat Degenhard Schmeiler
Stadtrat Wilhelm Plock	
Stadtrat Jens Hellmuth	
Stadtrat Stefan Wiegand	

Schriftführer:

MOR Jürgen Meyer

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bericht über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 28 GemHVO;
1. Halbjahr 2017
3. Entwurf zur Änderung der Haushaltssatzung 2017 der Stadt Borken (Hessen)
4. Über- und außerplanmäßige Ausgaben
5. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes
Nr. 52 „Gombether Straße“, Kernstadt
6. Grundstücksverkehr
 - a) Borken - Kernstadt
 - aa) Stadt Borken (Hessen) ./ . Anton und Birgit Herzog vom 15.09.2017
- Westrandstraße, Bauplatz –
7. Antrag des Stadtverordneten Tim Reinbold betr. Einrichtung eines Anliegenmanagements
8. Antrag der SPD-Fraktion betr. Einrichtung einer Koordinierungs- / Unterstützungsstelle
9. Antrag der CDU-Fraktion betr. Förderprogramm „Hessenkasse“

1. Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Weber eröffnet die 11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung für die Legislaturperiode 2016 - 2021, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungs- und fristgemäße Einladung für die Stadtverordnetenversammlung fest.

Er informiert darüber, dass der Stadtverordnete Tim Reinbold nicht mehr Mitglied der FWG-Fraktion ist und derzeit als fraktionsloses Mitglied der Stadtverordnetenversammlung angehört.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt weiterhin fest, dass von 37 gewählten Abgeordneten 32 Abgeordnete, ab TOP 8 31 Abgeordnete, anwesend sind und die Stadtverordnetenversammlung damit beschlussfähig ist.

2. Bericht über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 28 GemHVO;

1. Halbjahr 2017

Bürgermeister Pritsch-Rehm stellt den Stand des Haushaltsvollzuges nach § 28 GemHVO für den Periodenzeitraum vom 01.01.2017 - 30.06.2017 anhand einer allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung mit der Einladung zu dieser Sitzung übersandten Vorlage, die als Anlage der Originalniederschrift beigelegt wird, dar.

Insgesamt zeigt sich, dass sich das Halbjahresergebnis gegenüber der bisherigen Planung schon jetzt deutlich verbessert hat und, sofern keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, mit einem guten Jahresabschluss zu rechnen ist.

Die zu erwartenden Überschüsse aus der Ergebnisrechnung werden dann entsprechend der Zielsetzung und der gesetzlichen Vorgaben zur Finanzierung der ordentlichen Kredittilgung und darüber hinaus zum weiteren Abbau der Kassenkredite zur Verfügung stehen.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nehmen von den Ausführungen Kenntnis.

3. Entwurf zur Änderung der Haushaltssatzung 2017 der Stadt Borken (Hessen)

Auf Empfehlung des Magistrats vom 07.09.2017 und des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.09.2017 beschließt die Stadtverordnetenversammlung mit 16 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Änderung der Haushaltssatzung für das Jahr 2017 mit Auswirkung auf das Investitionsprogramm und die Finanzplanung.

Die mit der Einladung zu dieser Sitzung allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung übersandten Unterlagen zur Änderung der Haushaltssatzung 2017 werden als Anlage der Originalniederschrift beigelegt.

4. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 99 HGO war es für das Handeln der Verwaltung erforderlich, Haushaltsmittel als außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 100 HGO für die Weiterführung notwendiger und unaufschiebbarer Aufgaben sowie des Dienstbetriebes bereitzustellen, welche nicht aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen zu leisten sind.

Der Magistrat hat hierzu die der Tischvorlage zu entnehmenden Mittelbereitstellungen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung, die allen Stadtverordneten ausgehändigt wurde, beschlossen. Die Mit-

telbereitstellungen wurden im Haupt- und Finanzausschuss ebenfalls behandelt. Es handelt sich hierbei um insgesamt 243.727,59 €.

Des Weiteren hat der Magistrat außerhalb bisher veranschlagter Haushaltsansätze außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 100 HGO in Höhe von 33.969,16 €, die ebenfalls der Tischvorlage zu entnehmen sind, beschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt hiervon Kenntnis.

Die Tischvorlage wird als Anlage der Originalniederschrift beigelegt.

5. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 52 „Gombether Straße“, Kernstadt

Auf Empfehlung des Magistrats vom 19.09.2017 und des Bauausschusses vom 21.09.2017 beschließt die Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 52 „Gombether Straße“, Kernstadt, gemäß § 17 BauGB um ein weiteres Jahr.

6. Grundstücksverkehr

a) Borken - Kernstadt

- aa) Stadt Borken (Hessen) ./ Anton und Birgit Herzog vom 15.09.2017
- Weststrandstraße, Bauplatz –

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt einstimmig den unter a) aa) aufgeführten Grundstücksvertrag.

7. Antrag des Stadtverordneten Tim Reinbold betr. Einrichtung eines Anliegenmanagements

Der Stadtverordnete Tim Reinbold hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird beauftragt, einen Themenspeicher für die Stadt Borken auf der jeweiligen Internetseite zu implementieren. Der Themenspeicher kann nach Kategorien aufgeteilt werden, so dass zum Beispiel der Bauhof bzw. das Bauamt relevante Hinweise aus der Bevölkerung direkt mitgeteilt bekommt. Hier macht auch eine Verknüpfung mit den jeweiligen Ansprechpartnern Sinn, die z. B. eine E-Mail bekommen, wenn entsprechende Hinweise aus der Bevölkerung gemeldet werden. Auch kann man diese Systeme mit einer mobilen App verknüpfen. Entsprechende Systeme werden in anderen Kommunen schon erfolgreich angewandt.“

Zu diesem Antrag bringt die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird beauftragt, ein Anliegenmanagement für die Stadt Borken (Hessen) auf der jeweiligen Internetseite im Rahmen der Neugestaltung der Internetseite zu implementieren.“

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Der Änderungsantrag wird mit 27 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

8. Antrag der SPD-Fraktion betr. Einrichtung einer Koordinierungs- / Unterstützungsstelle

Die SPD-Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird beauftragt, eine Unterstützungs- und Koordinationsstelle einzurichten im Sinne von Ziffer 3 der Richtlinie zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen.

Hierzu sollen die vom Hess. Ministerium für Soziales und Integration bereit gestellten Fördermittel beantragt und abgerufen werden.

Die zu schaffende Einrichtung soll mit ausreichenden Mitteln versehen werden, um die Stelle mindestens eines Sozialarbeiters/einer Sozialarbeiterin zu besetzen, dessen bzw. deren Aufgabengebiet gem. Ziffer 3 der Richtlinie definiert wird. Hierzu gehören die Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, Abbau von Konflikten und Stärkung der Integration der verschiedenen Bevölkerungs- und Interessengruppen.“

Zu diesem Antrag bringt die SPD-Fraktion selbst einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

„Der Magistrat wird beauftragt, den Fördermittelantrag für eine Unterstützungs- und Koordinierungsstelle im Sinne von Ziffer 3 der Richtlinie zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen zu stellen und bei positivem Bescheid eine Sozialarbeiterin/einen Sozialarbeiter einzustellen.

Hierzu sollen die vom Hess. Ministerium für Soziales und Integration bereit gestellten Fördermittel beantragt und abgerufen werden.

Die zu schaffende Einrichtung soll mit ausreichenden Mitteln versehen werden, um die Stelle mindestens eines Sozialarbeiters/einer Sozialarbeiterin zu besetzen, dessen bzw. deren Aufgabengebiet gem. Ziffer 3 der Richtlinie definiert wird. Hierzu gehören die Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, Abbau von Konflikten und Stärkung der Integration der verschiedenen Bevölkerungs- und Interessengruppen.“

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

9. Antrag der CDU-Fraktion betr. Förderprogramm „Hessenkasse“

Die CDU-Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Hessische Landesregierung bietet den Kommunen in Hessen mit dem Förderprogramm „Hessenkasse“ an, die Kassenkredite zu übernehmen und so die finanzielle Leistungsfähigkeit deutlich zu erhöhen.

Der Magistrat wird beauftragt, folgende Fragen zu prüfen:

1. Kann die Stadt Borken am Programm „Hessenkasse“ teilnehmen und so für die Reduzierung der Kassenkredite sorgen?
2. Wie hoch ist die Fördersumme, welche die Stadt Borken in Anspruch nehmen kann?
3. Welche Projekte sind für das Investitionsprogramm geeignet?

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat mit dieser Prüfung zu beauftragen.“

Der Antrag der CDU-Fraktion wird einstimmig angenommen.

gez.
Michael Weber
Stadtverordnetenvorsteher

gez.
Jürgen Meyer
Schriftführer

Anlagen
zu TOP 4